

Antrag an die studentische Vollversammlung der Universität Marburg am 6.11.2003

Die Vollversammlung möge beschließen, daß die Marburger Studierendenschaft bis zur nächsten Vollversammlung einen uniweiten Streik organisiert. Damit kann sie ihren Protest gegen die von der Landesregierung forcierte Unterfinanzierung der Hochschulen und die gleichzeitige Einführung von Studiengebühren verstärken.

Begründung und Ausführung

Die Regierung Koch verlangt von den Studierenden, daß sie schon ab dem nächsten Sommersemester Gebühren entrichten sollen – und zwar ohne jegliche Aussicht, daß sich dadurch die unhaltbare Studiensituation verbessern würde. Es wird von uns Studierenden verlangt, daß wir jetzt in schwerer Lage der Republik genau wie andere Gruppen der Bevölkerung Opfer zu bringen hätten, die angeblich unsere Zukunft sichern sollen. Nun müssen viele Menschen, nicht nur die Studierenden, schon seit Jahren Einschnitte in Kauf nehmen, ohne daß sich dabei je ein Ende dieses Prozesses oder eine vernünftige gesellschaftliche Zukunftsperspektive abzeichnen würde.

Verschiedenste Bevölkerungsgruppen in diesem Land haben während der letzten Wochen öffentlich bekundet, daß sie der gegenwärtigen, kopflosen Politik von CDU und SPD in Bund und Ländern kein Vertrauen mehr schenken. In diesem Zusammenhang hätte ein massives öffentliches Engagement der Studierenden gegen die jüngsten Pläne der Regierung Koch im Hochschulbereich, und für die Verbesserung von Bildungschancen in einer komplexer werdenden Welt, gute Chancen gehört zu werden.

Um nach einer Phase von Information und ersten Aktionen seitens der hessischen Studentenschaft mit einem wirklich gezielten *Gegenschlag* (engl. to strike back) auf die Gesetzesvorhaben der Landesregierung reagieren zu können, ist es nötig, daß wir auch in Marburg in den kollektiven Unistreik treten. Damit schließen wir uns den schon streikenden Kommilitonen innerhalb und außerhalb Hessens an!

Dabei soll sich unser Uni-Streik nicht gegen alle Lehrenden an der Universität und damit gegen unsere eigenen Studieninteressen richten. Er zielt vielmehr darauf ab, die Illusion eines geregelten, normalen und gerechten Bildungsbetriebes mit den traurigen Realitäten unseres Alltages zu konfrontieren. Das bedeutet nach innen und außen gemeinsam Anforderungen an eine Bildung der Zukunft zu formulieren und einzufordern. Das Marburger Universitätspersonal dabei nicht mit einzubeziehen wäre auch deswegen sehr unklug, da es bis hinauf zum Präsidenten in erstaunlichem Maße hinter unseren Anliegen steht. Dies gilt ebenso bezüglich einer Ablehnung von Studiengebühren als Mittel sozialer Selektion wie auch hinsichtlich unserer Sorgen einer kaputtgesparten öffentlichen Bildung.

Damit ist auch gesagt, daß sich dieser Streik nicht unvermittelt gegen all diejenigen an der Universität Marburg richten wird, denen eine heutige Entscheidung für einen Streik vor den Kopf stößt. Denn wir müssen die berechtigten Ängste vor diesem nicht alltäglichen Mittel des Protestes sehr ernst nehmen. Die Fragen der genauen Ausgestaltung des Streiks und des Umfangs eines kollektiven Veranstaltungsboykotts werden sich ebenso wie die zentrale Frage des Scheinerwerbs auf Fachbereichsebene klären. Zu diesem Zweck und zur umfassenden Information der heute nicht anwesenden Studierenden werden in der nächsten Woche Fachbereichsvollversammlungen durchgeführt. Unser antragstellender Arbeitskreis wird aber bereits heute, wenn für einen Streik entschieden ist, einige Ideen für dessen erfolgreiche Organisation zur weiteren Diskussion vorlegen.